

MAGWAS-BLITZ-BRIEFING: Gesetzentwurf zur Änderung des Atomgesetzes

Ausgangssituation:

Infolge des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine hat sich die Energieversorgung in Deutschland erheblich zugespitzt. Um eine fortdauernde Gasmangellage oder gar Versorgungslücken mit äußerst negativen Konsequenzen für die deutsche Wirtschaft und den sozialen Frieden zu vermeiden, gilt es so viel Gas wie möglich einzusparen. Dennoch hat die Gasverstromung immer noch einen hohen Anteil im deutschen Strommix. Wenn die drei letzten in Deutschland betriebenen Kernkraftwerke Isar 2, Neckarwestheim 2 und Emsland – wie geplant – zum 31. Dezember 2022 ihren Betrieb einstellen, fallen sechs Prozent der grundlastfähigen Stromkapazitäten aus dem aktuellen Stromproduktionsmix weg.

Lösungsvorschlag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

In dieser akuten Krisensituation ist ein zeitlich begrenzter Weiterbetrieb der sich noch im Betrieb befindlichen Kernkraftwerke energiepolitisch unabdingbar, ohne dass dies etwas an der grundsätzlichen Entscheidung zur Beendigung der friedlichen Nutzung der Kernenergie in Deutschland ändert. Daher setzt sich die Unionsfraktion dafür ein, dass die Laufzeit der drei noch betriebenen Kernkraftwerke mindestens bis zum 31. Dezember 2024 verlängert wird. Durch den zusätzlichen, aber zeitlich befristeten Leistungsbetrieb der drei Kernkraftwerke wird die Energieversorgung gesichert, werden die Strompreise gedämpft und CO₂-Emissionen eingespart. Der Deutsche Bundestag hat heute den Gesetzesentwurf in erster Lesung beraten. Die weiteren Diskussionen dazu finden nun im federführenden Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz statt.

Begründung:

Zum jetzigen Zeitpunkt wäre ein Stilllegen der drei noch in Betrieb befindlichen deutschen Kernkraftwerke unverantwortlich. Ein zeitlich befristeter Weiterbetrieb leistet hingegen – unabhängig von Tageszeit und Witterungsbedingungen – einen wichtigen Beitrag zur Energieversorgung, zur innereuropäischen Solidarität und zur Weiterverfolgung der nationalen Klimaziele. Ein ideologisches Festhalten am geplanten Atomausstieg zum Jahresende würde hingegen die Versorgungslage für Bürger und Unternehmen weiter verschlechtern.

